

Am 14.8.2020

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Reker,
sehr geehrter Herr Dr. Rau,

im Namen der Bürgerinitiative 5G-freies Köln schreibe ich Ihnen wieder.
Sie haben als Stadtoberhaupt das Recht, die Pflicht und die Verantwortung den weiteren Ausbau des 5G-Netzes in Köln vorerst zu stoppen und die bisherigen 5G-Installationen vorläufig abschalten zu lassen, solange bis eine einwandfreie Beweisführung über die gesundheitliche Unschädlichkeit der hochfrequenten Mikrowellenstrahlung durch unabhängige, nicht industriell-finanzierte Studien vorliegt.

Wir haben bereits mehrfach darauf hingewiesen, dass die Grenzwerte in Deutschland tausendfach zu hoch angesetzt sind und die Industrie schützen, nicht aber uns Menschen. Es sind durch unabhängige Forschungen zahlreiche gesundheitsschädigende Effekte nachgewiesen, die durch athermische Wirkungen erzielt werden. Diese werden in den gesetzlichen Grenzwerten NICHT berücksichtigt.

Ihnen obliegt der Schutz der Bevölkerung, besonders die Kinder, deren Gehirne noch in der Entwicklung sind (und damit 10 x empfindlicher als die von Erwachsenen), kranke, schwache, alte und viele elektrohypersensible Menschen.

Viele andere Gemeinden und Städte haben sich bereits gegen 5G entschlossen: Brüssel, Genf, Teile von Rom, Florenz, das Silicon Valley (!!), Hawaii's große Insel, Bad Kleinkirchheim in Österreich, Murnau, Bad Wiessee, und viele andere, siehe die Listen im Anhang.

Wir fordern Sie auf, sofort zu handeln und ein Moratorium gegen 5G auszusprechen und damit Ihr kommunales Recht in Anspruch zu nehmen, das Sie durchaus haben. Es stimmt nicht, dass Sie als Kommunen keinen Handlungsspielraum hätten.

Grundsätzlich kann die Kommune zur Minimierung/Vorsorge in die Standortwahl von neuen Mobilfunksenderstandorten steuernd eingreifen – dies wurde 2012 höchstrichterlich bestätigt. Es liegt nicht mehr in den Händen der Betreiber, darüber zu bestimmen, wo eine Sendeanlage konkret gebaut wird, wenn die Kommune dieses Recht aktiv aufgreift. Dieses Recht bestätigte die Bundesregierung im Schulze-Scheuer Papier an die Kommunen ausdrücklich.

Auch jede kleine Mobilfunksendeanlage, die mit Abstrahlleistungen (EIRP) von weniger als 10 Watt im öffentlichen Raum betrieben wird (welche nach Immissionsschutzrecht des Bundes keiner Standortbescheinigung bedarf), bedarf zumindest eines Gestattungsvertrags durch die Gemeinde. Infos dazu weiter unten in den Links.

Es ist auch ein Unding, dass mehrere Netzbetreiber voneinander unabhängig die selben Funkdienste mit eigenen Sendeanlagen installieren und somit die Bestrahlung der Bevölkerung noch multiplizieren. Ein NO GO. Ein für alle Anbieter verpflichtendes Sende-Roaming muss durchgesetzt werden, auch schon für die bisherigen Sendeanlagen von 2G-4G+.

Wir bitten Sie, unserer Bürgerinitiative einen Gesprächstermin zu gewähren innerhalb der nächsten 4 Wochen, also bis spätestens Ende September. Wir wollen mit Ihnen gerne gemeinsam überlegen, was nun wirklich getan werden kann und muss. Für uns wäre ein Termin vom 1.-4. September sehr gut. Auch der 8., 21. oder 22.9.

Mit freundlichem Gruß,
Markus Stockhausen
Dankmar Oberwahrenbrock (Vorstand)

Bürgerinitiative 5G-freies Köln

Gesund leben mit weniger Funkstrahlung

[Köln-5G.de](https://www.koeln-5g.de)

Wichtige Informationen und Antworten finden Sie u.a. hier:

Umfassendste Informationen:

<https://www.diagnose-funk.org>

„Sind Kommunen ohne 5G vom Fortschritt abgehängt?“

<https://www.diagnose-funk.org/publikationen/artikel/detail&newsid=1587>

"Die Kommunen und Bürger werden über die Errichtung einer Antennenanlage vom Netzbetreiber informiert. Es wird erwartet, dass Netzbetreiber den konstruktiven Dialog suchen. Der Kommune steht bei neuen Sendeanlagen überdies ein Stellungnahme- und Erörterungsrecht zu. **Die Ergebnisse dieser Beteiligung muss der Netzbetreiber berücksichtigen**". <https://www.bmu>

- Rechtliche und politische Handlungsoption der Gemeinden, **Mobilfunkvorsorge in der Kommunalpolitik - Warum ein kommunales Mobilfunkvorsorgekonzept sinnvoll ist** (der Link führt zur Diagnose-Funk) <https://tinyurl.com/yc8o3x98>

- Interview zum STOPP-5G Beschluss von Bad Wiessee, www.diagnose-funk.org/1503, 02.01.2020

- Schweizer Kantone beschließen 5G-Moratorium, 5G-Vorsorge in der Schweiz und Deutschland – mit juristischem Blick über die Grenze, von Bernd I. Budzinski, Richter am Verwaltungsgericht a.D., www.diagnose-funk.org/1565, Artikel vom 14.05.2020

Das Ziel der Arbeit unserer Bürgerinitiative 5G-freies Köln besteht darin, die Menschen zu informieren - sowohl über die medizinisch und wissenschaftlich bestätigten Wirkungen auf Lebewesen (auf den Menschen, aber auch auf Tiere und Pflanzen), als auch über die tiefgreifenden gesellschaftlichen Konsequenzen, die mit dem 5G-Ausbau verbunden sind. Auch die ökologischen Konsequenzen des geplanten Ausbaus sind ein sehr wichtiges Thema.

Wir stellen immer wieder fest, dass die meisten Menschen über diese Themen so gut wie nichts wissen. Dabei wird die Wirkung von Elektrizität und elektrischen Feldern auf Lebewesen seit über 250 Jahren dokumentiert. Wir haben vergessen, dass Elektrizität essentiell für alles Leben ist - Menschen sind elektrobiologische Wesen. Unser Nervensystem, die Gehirnströme und viele andere Reaktionen in unserem Körper werden über feine elektrische Signale gesteuert. Unzählige Zivilisationskrankheiten können auf Störungen dieser feinen Balancen zurückgeführt werden.

Noch weniger scheinen die meisten Menschen über das Thema 5G informiert zu sein. Viele denken beim Thema 5G einfach nur an schnelleres Internet und autonomes Fahren. Aber mit 5G wird ein gesellschaftlicher Paradigmenwechsel eingeführt: Wenn bis zu einer Million neuer Sender und Milliarden funkender Geräte irgendwann unser Leben bestimmen, dann hat das nicht nur fatale Auswirkungen auf die 5-10% elektrosensitiven Menschen in unserer Gesellschaft, deren Rückzugsmöglichkeiten verloren gehen. Sondern wir alle sind mit der Gefahr konfrontiert, dass sich unser demokratischer Rechtsstaat faktisch auflöst.

Noch nutzen Menschen als selbstbestimmte Individuen die technologischen Errungenschaften für ihre Zwecke. Mit der Einführung von 5G werden die Menschen zu einem Teil eines globalen Netzwerks. Nicht wir nutzen die Technologie, sondern wir werden in ein System integriert, das alle unserer Handlungen, Gedanken, Vorlieben und Neigungen wahrnimmt und mit Hilfe von künstlicher Intelligenz auswertet. Das System entscheidet für uns und letztendlich auch über uns. Es ist zu befürchten, dass Menschen diese Zusammenhänge erst verstehen, wenn es bereits zu spät ist.

Die komplizenhafte Verstrickung der Bundesregierung mit der Mobilfunkindustrie erlaubt gegenwärtig keine demokratische Einflussnahme auf Bundesebene. Deshalb sehen wir unser Hauptbetätigungsfeld vor allen Dingen auf der kommunalen Ebene. Wir wollen Sie, sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Reker, sehr geehrter Herr Dr. Rau, weiter für das Thema sensibilisieren und mit Ihnen Handlungsoptionen erörtern.